

Calmer Tagblatt

Nr. 161.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

92. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Schluss für Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernspr. 9.

Freitag, den 13. Juli 1917.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.65 vierteljährlich, außerhalb derselben mit Postzuschlag Mk. 1.85, im Fernverkehr 1.65. Postgebühr in Württemberg 30 Pfg.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die amtliche deutsche Meldung.
Ein Sturmerfolg östlich von Arras.
Auf der gesamten Ostfront verstärkte Tätigkeit des Feindes.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 12. Juli. (Amtlich) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Der Angriff der Marineinfanterie am 10. Juli stellt einen schönen, großen Erfolg dar. Der Feind hat Gegenangriffe nicht zu führen vermocht. Die Kampftätigkeit der Artillerien war gestern in Flandern, vor allem südöstlich von Ypern, in der Artoisfront, bei Lens und Bullecourt gesteigert. Größere Erkundungsunternehmen wurden von uns erfolgreich durchgeführt. Bei Monchy stürmten Stoßtrupps des hantseatischen Regiments unter wirksamer Mithilfe von Flammenwerfern eine Reihe englischer Gräben, aus denen eine größere Zahl von Gefangenen zurückgeführt wurde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: In der Westschampagne und auf dem linken Maasufer entwickelten sich im Laufe des Tages heftige Feuerkämpfe. Einige Aufklärungsgefechte endigten günstig.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Nichts Wesentliches.

Westlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Wieder war bei Riga, Smorgon und Baranowitsch die Feuerkämpfe lebhaft, auch bei Lud und auf dem ostgalizischen Kampffeld schwoll sie zeitweilig zu erheblicher Stärke an. An der Szara wurden russische Jagdtruppen, am Stochod, südöstlich von Kowel, feindliche Teilangriffe zurückgewiesen. Zwischen Dnjepr und Karpathen gingen die Russen mit gemischten Abteilungen gegen die Donnicastellung vor. Bei Kalucz erreichten Vortrupps das Westufer des Flusses.

Mazedonische Front: Nichts Neues.
Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die gestrige Abendmeldung.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. Abends. Amtlich wird mitgeteilt: Im Westen lebhaftere Feuerkämpfe in der Champagne. Im Osten örtliche Kämpfe dicht südlich des Dnjepr.

Der letzte russische Bericht.

(WTB.) Petersburg, 12. Juli. Im russischen Heeresbericht vom 11. Juli heißt es u. a.: In der Richtung auf Dolin setzten unsere Truppen die Verfolgung des durch die Armees des Generals Kornilow auf der Front Jessupol-Stanislaw-Bogordschany vollständig geschlagenen Feindes nach Nordwesten fort. Gegen Mittag nahmen unsere Truppen unter dem Befehl des Generals Tscherenisew die Stadt Halicz ein und warfen ihre Vorhut auf das linke Dnjepr-Ufer. Bei Einbruch der Dämmerung erreichten unsere Truppen das Donnicatal und warfen nach kurzem Kampf ihre Vortrupps auf das linke Flußufer. Im Verlaufe dieses Kampftages machten wir mehr als 2000 Gefangene und erbeuteten etwa 30 Geschütze. Im ganzen machten wir in den drei Kampftagen des 8., 9. und 10. Juli in der Richtung auf Dolin mehr als 150 Offiziere und 10 000 Mann zu Gefangenen, erbeuteten ungefähr 80 Geschütze, darunter 12 schwere, und außerdem eine große Zahl Grabenkampfmittel und Maschinengewehre, ebenso wie eine Menge Kriegsgerät und Schießbedarf.

Zur Lage im Westen und Osten.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. Die Beute aus dem erfolgreichen Vorstoß der deutschen Marineinfanterie am 10. Juli zwischen Rüste und der Straße Neuport-Lombartzyde konnte noch nicht völlig festgestellt werden, da die feindlichen Stellungen durch unsere Artilleriewirkung zum Teil vollkommen verschüttet sind. Bis heute wurden 36 Maschinengewehre, 13 Minenwerfer und 1 Revolverkanone eingebracht. Die eroberten Stellungen wurden von den Engländern am Vormittag des 11. Juli mit starkem Feuer belegt, das am Nach-

mittag abflaute, um sich nachts wiederum zu verschiedenen lebhaften Feuerüberfällen zu steigern. Bei dem erfolgreichen Angriff waren die deutschen Verluste äußerst gering. — An der übrigen Front verschiedentlich heftiges Feuer und zahlreiche Patrouillen- und Vorfeldgefechte. Der gemeldete Vorstoß eines hantseatischen Regiments bei Monchy wurde 6 Uhr morgens ausgeführt und brachte ein feindliches Grabensystem von 400 Meter Breite und 300 Meter Tiefe in unsere Hand.

An der Ostfront tastete sich der Russe zwischen Dnjepr und Karpathen langsam gegen unsere planmäßig neubezogenen Stellungen vor. Am 11. Juli erfolgten gegen Abend feindliche Teilangriffe bei Krabowka und bei Babin-Przewjische, die in unserem Feuer erstickt wurden. In der Gegend von Brzezany, beiderseits Hodor und östlich Lud zeitweilig heftige Feuersteigerung. Gegen 10 Uhr abends griff der Russe am Stochodnie nach mehreren starken Feuerwellen in etwa einem Kilometer Breite an. Der Angriff brach in unserem Feuer unter schweren russischen Verlusten zusammen. An der rumänischen Front war die feindliche Artillerie besonders in der Gegend von Braila-Latinulu unruhig und feindliche Schanzarbeiten nordöstlich der Rimioiu-Mündung wurden durch unser Feuer zerstört. Vom 1. bis 10. Juli wurden in den Abschnitten von Brzezany und Zborow 1900 Gefangene, darunter 22 Offiziere, eingebracht. Die relativ geringe Gefangenenzahl ist ein Maßstab für die ungeheuren blutigen Verluste der Russen, die reihenweise niedergemäht und in letzten Fällen unsere Gräben erreichen konnten. Manche Kompagnien sind laut Meldungen von der Front im Feuer auf 30 bis 50 Mann Gefechtsstärke zusammengeschmolzen. Besonders schwer waren die Verluste der dritten Transsam-Division. In zahlreichen Divisionen der russischen Armee wütet der Skorbut. Vor dem Einbruch war den Truppen versprochen worden, daß sie in eine ruhige Stellung kämen und nicht angreifen müßten.

Die Vernichtung der Kathedrale von St. Quentin durch die Engländer.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. In den letzten 14 Tagen sind auf St. Quentin etwa 2800 Schuß gefallen. Die Kathedrale erhielt 60 Treffer und wird mehr und mehr zur Ruine.

Neue U-Bootserfolge.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. (Amtlich) Neue U-Bootserfolge in der Biscaya und im Englischen Kanal: 24 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Ardah“ (4397 Tonnen), mit Stückgut von Canada nach Cherbourg, bewaffneter französischer Dampfer „Bearn“ (1271 Tonnen), mit Stückgut von Dakar nach Fecamp, die französischen Segler „Alexandre“, mit Holz von Texas nach Fecamp, „La Tour d'Argon“, mit Fischladung nach La Rochelle, portugiesischer Dampfer „Cabo Verde“ (2220 Tonnen), mit Lebensmitteln für die französische Militärverwaltung in Bordeaux. Die Ladungen der übrigen Schiffe bestanden, soweit sie festgestellt werden konnten, aus Kohlen, Erz und Erdnüssen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ein Luftangriff auf die deutsch-türkische Flotte.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. Der englische drachlose Goldhudiens vom 12. Juli meldet, daß bei einem Angriff von Marineluftfahrzeugen auf die deutsch-türkische Flotte in Konstantinopel in der Nacht des 9. Juli der Panzerkreuzer „Goeben“ und andere daneben liegende Schiffe getroffen worden seien, daß gewaltige Explosionen an Bord stattgefunden hätten und mehrere Brände ausgebrochen seien. Das Kriegsministerium sei ebenfalls getroffen worden. Hierzu erfahren wir von zuständiger Seite, daß bei dem fraglichen Angriff die „Goeben“ und das Kriegsministerium unbeschädigt geblieben sind, desgleichen die dort liegenden Unterseeboote, nur ein Torpedoboote hat durch eine Bombe Beschädigungen erlitten.

Zur innerpolitischen Krisis.

Eine Erklärung der preussischen Konservativen zur Wahlrechtsreform.

Berlin, 12. Juli. Der Vorstand der Konservativen Partei erklärt: Durch Allerhöchste Kabinettsorder vom gestrigen Tage, die der Kaiser und König von Preußen an den Ministerpräsidenten gerichtet hat, wird die Vorlegung eines Gesetzes betreffend die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen angeordnet. Das gleiche Wahlrecht entspricht nicht der Eigenart und der historischen Vergangenheit des preussischen Staates und nicht den der preussischen Gesetzgebung vorbehaltenen gesetzgeberischen und sonstigen Aufgaben; es ist vielmehr geeignet, das feste Gefüge Preußens zu erschüttern und auch diesen Staat der völligen Demokratisierung auszuliefern. Das durch ihn dargestellte unentbehrliche Gegengewicht gegen die Gefahren der Unruhe und der Ueberstürzung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für das Reich bestehen, wird durch die Einführung des gleichen Wahlrechts hinweggeräumt. Die konservative Partei vermag weder anzuerkennen, daß die in Aussicht gestellte Maßnahme durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignet erscheinen könnte, um über die Schwierigkeiten der heutigen Lage hinwegzuhelfen und den Siegeswillen des Volkes zu stärken. Die in Aussicht gestellte Anwendung des preussischen Wahlrechts kann daher die konservative Partei nur mit ernstem Bedenken und mit tiefer Sorge für die Zukunft Deutschlands erfüllen.

Die Nationalliberalen und die Reichstagsmehrheit.

Berlin, 12. Juli. Der Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion, von Fraktionen wegen der vom interfraktionellen Ausschuss ausgearbeiteten Friedensresolution nicht beizutreten, hat zur Folge gehabt, daß die nationalliberale Fraktion an den interfraktionellen Besprechungen nicht mehr teilnimmt, so daß der interfraktionelle Ausschuss nur aus Vertretern des Zentrums, der Fortschrittler und der Sozialdemokratie besteht.

Empfang von Parlamentariern beim Kronprinzen.

Berlin, 12. Juli. Wie die „B. Z.“ am Mittag erfahren haben will, hat der Kronprinz heute morgen hervorragende Mitglieder der Reichstagsfraktionen im Kronprinzenpalais empfangen, u. a. die Abgg. v. Payer, Dr. David, Dr. Stresemann, Martin von der deutschen Fraktion, Czberger und Graf Westarp. Die Unterhaltung mit jedem einzelnen Abgeordneten, welche gesondert empfangen wurden, dauerte längere Zeit. Beim Empfang wurden alle Fragen der gegenwärtigen Lage besprochen.

Eine offiziöse bayrische Kundgebung zur Frage des Parlamentarismus.

Die „Bayrische Staatszeitung“ schreibt in ihrem Leitartikel vom 12. ds. mit der Überschrift: „Der Ruf nach Parlamentarisierung“: In den lebhaften Erörterungen der letzten Tage über die Neugestaltung, die die inneren politischen Verhältnisse Deutschlands erfahren sollen, nimmt die Frage der sogenannten Parlamentarisierung einen besonders weiten Raum ein und wird als wichtige Forderung zur Gesundung und Stärkung des deutschen politischen Lebens nachdrücklich hervorgehoben. So berechtigt an sich das Bestreben ist, der Volksvertretung ein kräftigeres Mitwirken bei der Gestaltung der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches zu sichern, so geht doch mit diesem Bestreben Hand in Hand ein anderes, das auf die Einführung des parlamentarischen Regimes in Deutschland abzielt. Jeder vorurteilslose Kenner der Geschichte unseres Verfassungslebens und unserer Parteiverhältnisse wird aber zugeben müssen, daß die Uebertragung des parlamentarischen Systems auf Deutschland eine Unmöglichkeit ist, daß sie eine Maßnahme wäre, die den Bestand des Deutschen Reiches auf das allerschwerste gefährden würde. Wenn es eines Beweises dafür bedarf, so sei an die bekannte Erklärung erinnert, die der Begründer des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, am 5. April 1884 im Plenum des Bundesrats zur Frage der

Amtliche Bekanntmachungen.

Erntevorschätzungen 1917.

Die (Stadt-)Schultheißenämter

werden hiemit auf die Bekanntmachung des Stellv. des Reichskanzlers vom 21. Juni 1917 und auf die Min.-Verfügung vom 28. ds. Mts. (Staatsanzeiger Nr. 149) zur genauen Beachtung hingewiesen. Sie haben hienach für alsbaldige Aufstellung der erforderlichen Sachverständigenkommission und für die rechtzeitige Vornahme der zunächst in der Zeit vom 1. bis 20. Juli vorzunehmenden Schätzungen (§ 1 Ziff. I der Bef. des Stellv. des Reichskanzlers) zuverlässig Sorge zu tragen.

Die Bordrücke zur Schätzungsurkunde, die nach der ihnen aufgedruckten Anweisung auszufüllen sind, sind den Herren Ortsvorstehern mit den Ortslisten von der Ernteschätzungserhebung 1917 bereits zugegangen. Diese Ortslisten können bis auf weiteres bei den Gemeinden zurückgehalten werden.

Ein Stück der vorschriftsmäßig ausgefüllten Schätzungsurkunde wolle bis spätestens 21. Juli dem Oberamt eingesandt werden.

Calw, den 11. Juli 1917.

R. Oberamt: Binder.

Verwendung von Getreide der neuen Ernte.

Die Landesgetreidestelle teilt untern 5. ds. Mts. mit: In einzelnen Bezirken wird bereits Wintergerste geerntet, gedroschen und auch schon vermahlen. Die Kommunalverbände werden darauf aufmerksam gemacht, daß Mahlscheine für Gerste und ebenso für Brot-

Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien abgab: Selbst wenn es gelänge, feste Majoritäten aus den im heutigen Reichstage vorhandenen Parteien zu bilden, würde die königliche Regierung doch die Herstellung eines parlamentarischen Regiments für eine sichere Einleitung zum Verfall und zur Wiederauflösung des Deutschen Reiches halten. Diese Erklärung des ersten deutschen Kanzlers, die besonders die ungeteilte Zustimmung aller Vertreter der sämtlichen übrigen Bundesregierungen fand, hat noch heute Wort für Wort unveränderte Geltung. Die Worte Bismarcks, die, wie erwähnt, zu der Frage der Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien gesprochen waren, gewinnen natürlich gegenüber der jetzt laut werdenden Forderung auf Einführung eines parlamentarischen Systems in Deutschland noch ganz besondere Bedeutung. Ein solcher Eingriff in die Grundlage des bundesstaatlichen Charakters des Deutschen Reiches würde dessen Bestand aufs schwerste gefährden und muß daher auf das entschiedenste als unannehmbar von vornherein abgelehnt werden. Ein anderes aber ist es, wie schon betont, mit Maßnahmen, die im Rahmen des durch feierliche Verträge verbürgten bundesstaatlichen Charakters des Reiches für ein iniges und verständnisvolles Zusammenwirken von Reichsleitung und Volksvertretung Gewähr bieten und die als im Interesse der Wohlfahrt des Reiches gelegen, freudig begrüßt werden könnten.

Amerika der große Unruhestifter.

(WTB.) Kopenhagen, 12. Juli. Anschließend an eine Betrachtung über die mögliche Wirkung einer Neuorientierung in Deutschland auf einen Friedensschluß schreibt „Finanztribüne“: Bezeichnend ist die Leichtgläubigkeit, mit der die deutsche und die englische Regierung durch die Verhandlungen im Haag die sehr umfangreiche Kriegsgefangenenfrage lösten. Der große Unruhestifter in der Entente ist Amerika, das kaum einen Fuß nach Europa gesetzt hat, dessen Krieg gegen die kleinen neutralen Staaten aber so vielversprechend beginnt. Dagegen scheint Frankreich die Formel des demokratischen Friedens anerkennen zu wollen.

Die Gefinnung unserer Feinde gegenüber der deutschen Friedensliebe.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. Welche Gefinnung bei unseren Feinden noch immer herrscht, wird treffend gekennzeichnet durch den Ypouer Funkspruch aus Amerika vom 11. Juli: Die Selbsttäuschung Deutschlands: „Newport Times“ meinen, daß selbst die deutschen Sozialisten, die die Demokratisierung des Kaiserreiches predigen, noch nicht klar genug die Wichtigkeit des Vordringens einsehen, dessen Deutschland vor dem Nichterflucht der Zivilisation angeklagt wird. In seiner Rede im Reichstagsauschuß sprach Ebert die Ansicht aus, daß die deutsche Regierung den Frieden haben könne, wenn sie nur ein Friedensangebot ohne Annexionen und Entschädigungen machen würde, und das Streben nach einem Sonderfrieden mit Rußland unterlassen wollte. Ebert spricht wie ein Mann, der in einem anderen Jahrhundert lebt. Seit der Marne-Schlacht handelt es sich nicht mehr um die Fragen der Annexionen durch Deutschland, oder um Entschädigungen, die es vorschreiben könnte. Diese Ansicht ist seit langer Zeit schon von den Alliierten beiseite geschoben. Ebert täuscht sich aber sehr, wenn er erklärt, daß Deutschland den Frieden haben könne, wenn es ganz einfach auf seine beabsichtigten Annexionen und Entschädigungen verzichtete. Der Frieden, der auf diesem Grundsatz aufgebaut ist, wird nur den früheren Zustand wieder herstellen. Da

getreide aus der neuen Ernte nicht ausgestellt werden dürfen und können, solange nicht gemäß § 7 Absatz 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 507) vom Bundesrat die Mengen festgesetzt sind, welche die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zur Ernährung der Selbstversorger oder zur Fütterung ihres Viehs verwenden dürfen. Zunächst sind für den Eigenverbrauch der Landwirte an Brotgetreide und Gerste zur Ernährung und zur Verfütterung lediglich die Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 22. März 1917, betreffend Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten, maßgebend. Getreide der neuen Ernte darf, sofern nicht noch ausdrücklich etwas anderes bestimmt werden sollte, von den Selbstversorgern grundsätzlich erst vom 16. August an verwendet und es muß ihnen das schon vorher zur Vermahlung freigegebene Getreide auf den geschäftlichen Bedarf von diesem Tage ab angerechnet werden. Um einen unstatthafter Vorverbrauch auszuschließen, werden Mahlscheine für Getreide der neuen Ernte frühestens etwa von Ende Juli an ausgestellt werden können.

II. Das Kriegsernährungsamt hat laut Erlaß vom 28. v. Mts., B II 7287, auf Grund des § 81 der Reichsgetreideordnung 1917 genehmigt, daß trotz der Beschlagnahme (§ 7) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus ihrer selbstgebauten Wintergerste das zur Bestellung der Grundstücke ihres Betriebs erforderliche Saatgut verwenden und zurückbehalten dürfen.

Die Gemeindebehörden

und die landw. Betriebsunternehmer werden hiemit

von Vorstehendem verständigt.

Calw, den 7. Juli 1917.

R. Oberamt: Binder.

Delfrüchte.

Die Gemeindebehörden wollen die Besitzer von Delfrüchten im dortigen Bezirk zur Anmeldung ihrer Bestände auffordern und darauf aufmerksam machen, daß auch die diesjährige Ernte auf Grund der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Delfrüchten und daraus gewonnenen Produkten vom 15. Juli 1915 bezw. 26. Juni 1916 (bekanntgegeben in der neuen Fassung am 27. Juni 1917) beschlagnahmt ist, und die Lieferungspflichtigen ihre Ernte zur Vermeidung der gesetzlichen Strafe an die vom Kriegsausschuß ernannten Kommissionäre zur Ablieferung zu bringen haben.

Bordrücke mit getrennter Bezeichnung (Rüben, Raps, Mohn, Dotter, Senf, Heberich, Hanffamen) sind von den Gemeindebehörden vom Oberamt zu beziehen. Calw, den 10. Juli 1917. R. Oberamt: Binder.

Rgl. Oberamt Calw.

Auf die im Staatsanzeiger Nr. 158 (2. Beilage) erschienene Bekanntmachung der Direktion der landw. Anstalt in Hohenheim vom 3. d. Mts., betreffend die

Aufnahme in die Gartenbauhule,

werden die beteiligten Kreise hiemit hingewiesen.

Der Staatsanzeiger kann bei den Herren Ortsvorstehern eingesehen werden.

Den 11. Juli 1917. Regierungsrat Binder.

Deutschland weiß, daß ein Sieg unmöglich ist, so ist ihm der Status quo erwünscht. Die Alliierten werden zu diesen Bedingungen keinen Frieden schließen, der Traum und die ehrgeizigen Pläne des Imperialismus müssen aufgegeben werden. Deutschland muß vollständig seinen Geisteszustand ändern, bevor sich die Alliierten herbeilassen, vom Frieden zu sprechen.

(D.N.) Berlin, 12. Juli. „Globe“ vom 3. Juli schreibt: Jetzt heißt es für uns, nicht auf Sonderfriedensvorschläge hereinzufallen. Mit Rußland erleben die Deutschen eine große Enttäuschung. Nun müssen wir uns hüten, in die gleiche Falle zu gehen. Unsere gegenwärtige Aufgabe ist es, nicht den Friedensschälmeien zu lauschen, sondern immer und immer wieder zuzuschlagen, so hart und so derb, wie wir nur können. Wir wollen die Hunnen schlagen, wann und wo immer wir sie treffen, in den Schützengräben, auf und unter dem Wasser, in den besetzten und den offenen Städten. Jetzt geht es um Krieg gegen Krieg und wehe uns, wenn wir nicht alle unsere Kräfte derein setzen.

Ein französischer Ministerrat wegen der deutschen Krise.

Berlin, 13. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Basel: Wie der „Progrès de Lyon“ aus Paris meldet, messe man in dortigen gut unterrichteten Kreisen dem gestern abgehaltenen außerordentlichen Ministerrat höchste Bedeutung bei. Wie verlautet, beschäftigte sich der Ministerrat mit der durch die Krise in Deutschland geschaffenen Lage, sowie mit der Antwort der deutschen sozialdemokratischen Minderheit auf dem Stockholmer Fragebogen.

Frankreichs unverjährbares „Recht“ auf Elsaß-Lothringen.

(WTB.) Paris, 12. Juli. Neuter meldet: In einer Rede über Elsaß-Lothringen im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte der Ministerpräsident Ribot: Wir haben ein unverjährbares Recht auf Elsaß-Lothringen und können eine Volksabstimmung nicht zulassen. (Ribot weiß warum.)

Einladung der Elsaß-Lothringer nach Frankreich.

Zürich, 12. Juli. Der „Neuen Zürch. Zeitung“ zufolge werden in letzter Zeit an die in der Schweiz lebenden Elsaß-Lothringer gedruckte Zirkulare versandt, welche die Elsaß-Lothringer unter dem Motto „Edles Blut verleugnet sich nie“ zum Eintritt in den französischen Militär- und Zivildienst auffordern. Zwischen den Zeilen dieser Aufforderung liest man aber die versteckte Drohung, daß die Elsaß-Lothringer im Falle der Nichtfolgeleistung der Aufforderung später — wenn Elsaß-Lothringen französisch sein würde (!) — die Folgen zu tragen hätten.

Morgen soll der Reichskanzler, wie schon gemeldet, anlässlich der Einbringung der neuen Kreditvorlage Aufklärung darüber geben, wie sich die Regierung die weitere Neuordnung der inneren Politik denkt, nachdem der Hauptteil der Wünsche der Linken durch den Erlaß über die Einführung des direkten, geheimen und gleichen Wahlrechts in Preußen befriedigt wurde. Man will jetzt auch wissen, wie sich der Reichskanzler zu der Forderung der Reichstagsmehrheit nach einer näheren Fühlungnahme zwischen Regierung und Volksvertretung verhält, und wie er dieser glaubt gerecht werden zu können. Zwecks Aufklärung über die Auffassung der Parteien des Reichstags werden deshalb vom Reichskanzler fortwährend Besprechungen mit den Parteiführern gepflogen und auch der Kronprinz hat die Führer der Parteien empfangen.

Welche Entscheidung der morgige Tag in dieser Richtung bringen wird, das ist heute auch nicht annähernd festzustellen, denn die letzten Stunden können noch in grundlegender Weise Änderungen in Bezug auf die Pläne der Regierung hervorgerufen. Daß es sich nicht um die Einführung des parlamentarischen Systems handeln kann, das hätte man auch ohne die Feststellung der „Bayerischen Staatszeitung“ sich denken können, denn das würde eine unwägliche Veränderung unserer Partei- und verfassungsmäßigen Verhältnisse als Voraussetzung verlangen, die heute mit dem besten Willen nicht durchgeführt werden könnte. Aber eine Einflusnahme der Volksvertretung auf die Regierung in dem Sinne, daß die Regierung nicht direkt in Gegenfah zur Mehrheit der Volksvertretung sich stellt, ist möglich, und ist in den einzelnen Bundesstaaten auch durchaus schon in Wirksamkeit getreten. In Preußen hat bisher nur ein den Konservativen genehmes Ministerium sich halten können, in Bayern wurde nach dem Ausfall der letzten Landtagswahlen das über das Kabinett durch Männer des Zentrums abgelehnt und wer erinnert sich nicht des Rücktritts Bischofs, als die letzten Landtagswahlen in Württemberg keine ausgesprochene Mehrheit für die Linke mehr brachten. Es braucht nun gar nicht etwa eine Persönlichkeit sein, die ausgesprochen den Mehrheitswillen vertritt, wenn nur den geänderten Verhältnissen seitens der Regierung Rechnung getragen wird, was sich eigentlich von selber versteht, im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit von Regierung u. Volksvertretung. Bekanntlich hat gerade die Partei, die jetzt so sehr gegen die Parlamentarisierung ist, in Preußen ihre parlamentarische Macht zur Politisierung des ganzen höheren Beamtenums mißbraucht, und wer erinnert sich nicht des Rücktritts Billows, der in erster Linie doch durch die Konservativen gestützt wurde, die den neuen Wegen auf dem Gebiet der Reichssteuer einfach nicht folgen wollten. Also die Bedenken der Konservativen in Preußen scheinen uns weniger vaterländischer Natur als im Eigeninteresse zu sein, und wir brauchen nur an das württembergische Wahlrecht zu denken, das demokratischste in Deutschland, und an die heutigen Parteiverhältnisse auf Grund dieses Wahlrechts, um die durchaus einseitige Auffassung, wie sie in der konservativen Erklärung zum Ausdruck kommt, richtig zu beleuchten. Allerdings haben die preussischen Konservativen ihre politische Macht bisher so sehr mißbraucht, daß die Reaktion auf Grund eines freieren Wahlrechts natürlich nicht ausbleiben kann. Wie unendlich es ist, wenn die gesamte konservative Presse Preußens nun auf einmal die Zukunft des preussischen Staats und sogar Deutschlands als erschüttert ansieht, wenn auch in Preußen ein freieres Wahlrecht eingeführt wird, das geht auch aus einer Äußerung der führenden Zeitung der Nationalliberalen hervor, der „Kölnischen Zeitung“, die gewiß frei von Radikalismus ist, und die über den Wahlrechtserlaß folgendes schreibt: „So viel läßt sich sagen, daß es mit dem bisherigen Wahlrecht über kurz oder lang in Preußen zu einer Katastrophe gekommen wäre. Man kann sich heute nur darüber wundern, daß man in Preußen bis in das Jahr 1917 hinein ein Wahlrecht in Kraft gelassen hatte, das für die große Mehrheit der Nation völlige Rechtlosigkeit bedeutete, und das auf die Interessen nicht des Volkes, sondern einer bestimmten Partei zugeschnitten war.“ Mit diesem Urteil eines besonnenen bürgerlichen Blattes, das den gemäßigten Fortschritt vertritt, glauben wir diese Frage genügend beleuchtet zu haben, und wie gesagt, Aufklärung darüber, wie sich die Regierung ein besseres, im Interesse des Volkes gelegenes Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung denkt, werden wir morgen wohl durch den Reichskanzler erhalten.

Gleichzeitig soll ja auch morgen die gestern besprochene Kriegszielerklärung der Reichstagsmehrheit abgegeben wer-

Vom Landtag.

Stuttgart, 11. Juli. Bei der Beratung des Postetats in der zweiten Kammer teilte Ministerpräsident v. Weizsäcker mit, daß die Summe des Ausgleichsbetrags, die Württemberg vom Reich bezahlt erhalte, über die 4 Millionen des Vorjahres hinausgehen werde. Die Regierung denke nicht daran, das Postreservatrecht aufzugeben. Die Kriegskostenvergütung, die Württemberg in Anspruch genommen habe, betrage für das Jahr 1915 1,5 Mill., für das Jahr 1916 1,3 Mill. Der Postverkehr sei etwas zurückgegangen, dagegen habe der Telegrammverkehr zugenommen. Der Ministerpräsident befürwortete die aus dem Hause erhobene Forderung nach einem sparsameren Gebrauch der Telegraphen- und Telephonleitungen durch die Militärverwaltung und durch Militärpersonen. Der Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen werde in dieser Richtung weitere Maßnahmen treffen. Mit der Aufnahme von Anwärtern im mittleren Verkehrsdienst werde unerbittlich Schluß gemacht werden. Ueber die Zunahme des Postschiffverkehrs machte der Ministerpräsident folgende Angaben: In Württemberg ist die Zahl der Postschiffkonten seit Kriegsbeginn von 5482 auf 8182 ge-

stiegen. Der gegenwärtige Stand der Guthaben der Postschiffkonten belief sich auf fast das Dreifache gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Er betrug vor dem Krieg 9,7 Millionen, im Jahre 1914 10,2 Millionen, 1915 14,8 Millionen, 1916 18,5 Millionen und 1917 26,6 Millionen. Der Redner erklärte, die württembergische Regierung unterstütze alle Bestrebungen zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs, habe aber Bedenken gegen den Vorschlag, die Einzahlungsgebühr aufzuheben. Die Stellungnahme Württembergs in der Gebührenfrage sei übrigens nicht entscheidend. Postpräsident v. Mehger gab bekannt, daß der Reinertrag aus den Jubiläumsmarken 200 000 Mark übersteige, er werde zum großen Teil zur Wohlfahrtspflege Verwendung finden. Ein Antrag auf Abschaffung der Gebühren für Jahrmarten und der Ueberweisungsgebühren im Postschiffverkehr wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Nutmäßliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Die Wetterlage steht nunmehr unter dem Einfluß eines Hochdrucks. Für Samstag und Sonntag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Evangelische Gottesdienste.

6 Sonntag nach Trinit., 15. Juli. Vom Luth.: 884, Predigtlied: 403, D. Gott's Sohn etc. 9 Uhr: Vormittagspredigt, Stadtpfarrer Schmidt. 1 Uhr: Christenlehre mit den Schwestern der jüngeren Abteilung. 8 Uhr: Abendpredigt, Stefan Keller. Mittwoch, 18. Juli. Bezirksynode. 9 Uhr: Eröffnungspredigt, Pfarrer Bayha von Feinach. Donnerstag, 19. Juli. 8 Uhr abends: Kriegsbetstunde, Stefan Keller.

Katholische Gottesdienste.

7 Sonntag nach Pfingsten, den 15. Juli. 8 Uhr: Frühmesse. 9 1/2 Uhr: Predigt und Amt. 1 1/2 Uhr Andacht. Montag 8 1/2 Uhr: Vespertagsgottesdienst in Feinach. Freitag 7 1/2 Uhr: Vespertagsgottesdienst. Abends 8 Uhr: Kriegsbetstunde.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag Morg. 9 Uhr Predigt, Dr. E. Lüring, Frankfurt a. M. Sonntag Morg. 11 Uhr Sonntagsschule. Sonntag Mittag 2 Uhr Missionsfest, Vortrag über: „Missionsfest in den Kriegsjahren“, von Dr. E. Lüring aus Frankfurt a. M. Mittwoch Abends 8 1/2 Uhr: Kriegsbetstunde.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seilmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Sendet das Calwer Tagblatt ins Feld!

Stadtschultheißenamt Calw.

Der städtische Butter-Verkauf fällt morgen aus,
weil keine Butter angeliefert wurde.

Die Metzger

haben sämtliche bis jetzt eingegangenen Fleischmarken einschl. der Zulage- und Zuschußmarken am Montag, den 16. ds., vormittags 8—12 Uhr, auf dem Rathaus abzuliefern. Calw, den 13. Juli 1917.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Stadtschultheißenamt Calw.

1. Auf die Bekanntmachung des k. Generalkommandos vom 26. Juni 1917 über

Regelung des Verkehrs mit Heu,

namentlich auf § 6, wonach jeder An- und Verkauf von Heu ohne Bezugsschein der Landesfuttermittelstelle verboten ist, werden die Beteiligten hingewiesen. Näheres s. Calwer Tagblatt Nr. 158 und Anschlag am Rathaus.

2. Auf Lebensmittelmarke Nr. 67 sind in sämtlichen Geschäften

lose Suppen-Einlagen, ohne Marken Suppenwürfel, Erbsenwurst und Grünternmehl

zu haben.

A. B. Dreiß.

Hirsau, den 13. Juli 1917.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn und Bruder



Gustav

im Alter von 14 1/2 Jahren unerwartet schnell gestorben ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Adolf Bollinger, Haltepunktvorsteher in Erstmühl.

Beerdigung Sonntag nachmittag 1/25 Uhr in Hirsau.

Mineralwasserversorgung unfr. Truppen

Für dieselbe ist bis jetzt bei mir eingegangen 220,50 Mk. Die Liste kann bei mir eingesehen werden.

Weitere Gaben, die angelegt sind, erbittet in Völbe der Vertreter des Mähigkeitsvereins: Kirchenpfleger Schnürle.

A. Forstamt Hirsau.

Beig-Holz-Verkauf.

Am Montag, den 16. Juli 1917, nachmittags 1 Uhr, in der Wirtschaft von Mohr in Hirsau aus Staatswald Ligenhardt Abt. 15, Heumweg 23 Ulrichsacker, 26 Markgrafenwald, 33 Bruderhöhle, 34 Bruderberg, 37 Bauernsteigle 107 Km. buch. Scheiter (in einem Los) und 66 Km. buch. Prügel u. Klotzholz (in einem Los).

Veteranenverein Calw

Nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr



Monats-Versammlung

beim Vorstand.

Der Ausschuß.

Wir empfehlen:

Senfesaat

1a. Qualität, sowie

Feld-Rübsamen

Geschw. Deutsche.

Kirschen,

an den Bäumen, verkauft gegen Barzahlung am Samstag abend 8 Uhr.

Joh. Kling, Calwer Hof.

Salienl-Pergament

in Rollen

Salienl-Pulver,

Einmachtabletten,

Zitronenmoft,

Zitronensaft,

Grog-Extrakt

mit Wasser verdünnt gibt gute Limonade

Spar- und Consumverein.

Mädchen-Gesuch.

Suche für Anfang August tüchtiges fleißiges Mädchen, nicht unter 20 Jahren, bei hohem Lohn in gute dauernde Stelle in die Nähe Frankfurts. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes, wo Näheres zu erfragen ist.

Marmelade

beim

Spar- und Consumverein.

Sonntag, den 15. Juli, mittags 2 Uhr

Missions-Fest

in der Methodisten-Kapelle in Calw.

Vortrag von Missionar

Dr. E. Lüring aus Frankfurt a. M.

Thema:

„Missionsfest in den Kriegsjahren“.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

W. Firl, Prediger.

Frauenarzt

Sanitätsrat Dr. Schaller
Stuttgart
Chefarzt am Krankenhaus Bethesda-zurück.
Hohenheimerstr. 10. 10—11 u. 3—5 Uhr.

Empfehle

Pfaff=,

Grißner=,

Phönix=

Nähmaschinen

anerkannt beste Fabrikate, solange Vorrat reicht noch zu verhältnismäßig billigem Preis; derselbe ist nur ein Drittel höher als der Friedenszeitpreis. Da die Lieferung äußerst spärlich erfolgt, ja vielleicht ganz aussetzen kann, ist es für Liebhaber geraten, sich rechtzeitig mit einer solchen zu versehen.

Neue Handwerker-Nähmaschinen

können nur bei Leistung schriftlicher eidesstattlicher Versicherung abgegeben werden, daß solche ausschließlich nur zu Militärarbeiten benützt werden.

Einige gebrauchte Nähmaschinen

unter Garantie, darunter

eine Singer-Schneider-Nähmaschine,

ebenfalls abzugeben.

Hochachtungsvoll

Friedrich Herzog.

1.50

Benno

Pillen 1.—

sind einvielbewährtes, unschädliches Mittel bei Blutandrang, Kopfschmerz, Verstopfung, Hämorrhoiden, Fettleibigkeit.

Nur echt mit dem Bild des heiligen Benno.

Zu haben in allen Apotheken.